

Kämpfer in der Ukraine

Freiwillig, aber auch hilfreich?

Stand: 11.03.2022 15:23 Uhr

Tausende sind in die Ukraine gegangen, um als Freiwillige gegen Russland zu kämpfen. Doch ist die Frage, was sie leisten können und worauf sie sich einlassen.

Es erinnert an den Spanischen Bürgerkrieg 1936, als Freiwillige aus Europa und Nordamerika am Kampf gegen den rechten Putschisten General Franco teilnahmen: Der Aufruf des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, sich der Verteidigung der Ukraine gegen die "russischen Kriegsverbrecher" anzuschließen.

Außenminister Dmytro Kuleba schrieb auf Twitter, wer sich an der "Internationalen Legion" beteiligen wolle, könne sich bei den diplomatischen Vertretungen der Ukraine in den jeweiligen Ländern melden. Am Wochenende sprach er im US-Sender CNN von 20.000 ausländischen Freiwilligen, die dem Aufruf inzwischen gefolgt seien.

Unerfahrene und Elitesoldaten

In der westukrainischen Stadt Lwiw kamen in den vergangenen Tagen viele Freiwillige an. Dort gibt es ein Rekrutierungsbüro. Der Agentur Reuters sagte dort ein Regierungsvertreter, dass die Kampffähigkeit in einem Militärstützpunkt außerhalb der Stadt geprüft werde. Die Strukturen für Aufnahme, Ausbildung und Entsendung der Freiwilligen stecke allerdings noch in den Anfängen. So reisen einige Ausländer auf eigene Faust in die Kampfgebiete, um sich dort ukrainischen Einheiten anzuschließen.

Kuleba zufolge kommen die meisten aus Europa. Berichte gibt es auch über Freiwillige aus Japan und Nordamerika. So unterschiedlich wie die Motive sind demnach ihre Voraussetzungen für den Einsatz im Kriegsgebiet: von völlig Unerfahrenen ohne Schutz- und Kampfausrüstung bis hin zu Veteranen von Eliteeinheiten in den USA und Großbritannien. Sie bringen neben Ausrüstung Spezialkenntnisse im Umgang mit modernen Waffen mit, die sie den ukrainischen Soldaten weitergeben können.

Militärs in Großbritannien und Frankreich warnen

Staaten gehen unterschiedlich mit diesem Hilferuf aus Kiew um. Das Parlament von Lettland verabschiedete ein Gesetz, das jenen Straffreiheit gewährt, die sich am Krieg in der Ukraine beteiligen. Auch Dänemark lässt seine Bürger dort kämpfen. In Tschechien und Österreich wird darüber debattiert.

Großbritanniens Außenministerin Liz Truss zeigte ebenfalls Unterstützung. Es sei die persönliche Entscheidung eines jeden, sich dem bewaffneten Widerstand

die persönliche Entscheidung eines jeden, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Allerdings widersprach der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte, Admiral Tony Radakin. Er riet seinen Landsleuten in einem BBC-

Interview nicht nur davon ab. Er warnte auch, wenn dienstverpflichtete Soldaten in der Ukraine kämpften, könnte Russland dies so auslegen, als ob sich britische Truppen an den Feindseligkeiten beteiligten.

Aus diesem Grund ergibt sich eine komplizierte Lage auch für die Fremdenlegion in Frankreich. Dieser Verband mit ausländischen Freiwilligen gehört dem französischen Heer an. Von den 9000 Soldaten sind 710 ukrainischer und 450 russischer Herkunft. Ihnen wurde nun erlaubt, ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Aber sie dürfen sich nicht an Kampfhandlungen beteiligen.

Der Kommandant der Fremdenlegion, Admiral Alain Lardet, gestand ein, dass es in der Truppe Unruhe aufgrund des Krieges gebe. Das Verteidigungsministerium betonte jedoch, dass sich französische Soldaten nicht in Einsatzgebieten engagieren dürfen, in denen Frankreich keine Partei sei.

US-Präsident Joe Biden hatte schon vor Beginn des Krieges klargestellt, dass es keine Rettungsaktionen für US-Bürger in der Ukraine geben werde, sämtliches Personal inklusive der Beobachter der OSZE-Mission in der Ostukraine wurde abgezogen.

Kommunikationshürden beim Einsatz

Auch für die Ukraine können sich Probleme mit den Freiwilligen ergeben, vor allem, wenn ihnen militärische Ausbildung fehlt. Sie müssen sich der Befehlskette unterordnen. Selbst wenn sie über Kampferfahrung verfügen, stellen mangelnde Sprachkenntnisse Kommunikationshürden dar.

Der US-Experte Daniel Byman verweist in einem von der Brookings Institution veröffentlichten Text auf eine Studie, wonach ausländische Kämpfer eher als

einheimische Soldaten Gräueltaten begehen, wenn sie keine persönlichen und familiären Bindungen zur Region haben. Auch warnt er davor, dass rechtsextreme Milizen den Krieg nutzen könnten, so zum Sammeln von Kampferfahrungen.

Söldnertum verboten

Wenn sich die Freiwilligen wie einheimische Soldaten entlohnen lassen, wie es laut ukrainischen Regierungsangaben vorgesehen ist, sind sie rechtlich gesehen Söldner. Laut einer UN-Konvention aus dem Jahr 1989 ist Söldnertum verboten, wobei die Teilnahme an bewaffneten Konflikten "aus Streben nach persönlichem Gewinn" im Vordergrund steht.

Entsprechend verbieten viele Staaten das Söldnertum und Söldnerfirmen. Es werden aber auch Unterschiede zu "Privaten Sicherheitsfirmen" gemacht, wie einst die US-Firma Blackwater des Geschäftsmannes Eric Prince und deren Nachfolger oder wie die russische Wagner-Gruppe, die bereits seit 2014 in der Ukraine aktiv sein soll. Eine weniger bekannte russische Sicherheitsfirma ist die RSB-Gruppe mit Veteranen des russischen Militärgeheimdienstes GRU, die derzeit ebenfalls in der Ukraine operieren soll.

Kämpfern auf der ukrainischen Seite bietet die Regierung in Kiew eine Lösung für juristische Probleme in deren Heimatländern: Sie könnten die ukrainische Staatsbürgerschaft annehmen, berichtet die Zeitung "Kyiv Independent".

Russische Todeslisten

Viele Georgier machten in den vergangenen Jahren Gebrauch von dieser Möglichkeit. Die "Georgische Nationallegion" kämpft seit 2014 an der Seite der Ukrainer im Donbass und ist Anlaufstation für Kämpfer aus anderen Staaten. Weitere Georgier arbeiten für die Regierung oder den Geheimdienst SBU.

Beide Staaten eint der Feind Russland. So waren Ukrainer während des Krieges

2008 in Georgien, wo die russischen Truppen anfangs Verluste hinnehmen mussten, dies auch dank Flugabwehrraketen aus der Ukraine. Wladimir Putin warnte damals, man werde jene finden, die diese Waffen bedient hätten.

Mindestens ein Ukrainer wurde später getötet. Er soll mit fünf anderen auf einer Todesliste des russischen Geheimdienstes FSB gestanden haben, wie eine Recherche der "New York Times" ergab.

Auf einer anderen Liste des FSB von 2012 stand Timur Machauri, der in der Ostukraine, aber auch im Zweiten Tschetschenienkrieg gekämpft hat. Er wurde 2017 bei einem Sprengstoffanschlag in Kiew getötet. Ein weiterer Name auf dieser Liste ist in Deutschland besser bekannt: Selimchan Changoschwili. Er wurde 2019 im Kleinen Tiergarten in Berlin getötet. Die Bundesanwaltschaft sah in dieser Hinrichtung am helllichten Tag ein Signal an die Gegner der russischen Führung: Sie könnten sich nirgendwo sicher fühlen.

Zurück zur Startseite